

Handlungsorientierung 2003/2004

Profil zeigen!

Die DKP im Kampf für Arbeit und Frieden, im Widerstand gegen Sozial- und Demokratieabbau

Angetrieben durch die Unternehmerverbände, wird durch die Bundesregierung ein immer weitergehenden Sozialabbau in unserem Land betrieben. Aus der Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnisgrünen wird deutlich, der Standort Deutschland soll für die Auseinandersetzung auf dem Weltmarkt fit gemacht werden, Sozial- und Demokratieabbau und Rechtsentwicklung finden - scheinbar alternativlos - ihre Fortsetzung. Mit dem Ausscheiden der PDS-Fraktion aus dem Bundestag fehlt zudem die einzige Stimme gegen den Krieg im deutschen Parlament. Stärker noch als in den vergangenen Jahren wird es auf die außerparlamentarischen Bewegungen ankommen, auf die Formierung des Widerstands auf der Straße und in den Betrieben, auf die Bündelung der unterschiedlichen Kräfte im Kampf gegen Kriegseinsätze, gegen Sozial- und Demokratieabbau.

Die DKP hat an fast allen fortschrittlichen Bewegungen unseres Landes einen nicht unerheblichen Anteil. Um dem immer härter werdenden Klassenkampf von oben etwas entgegenzusetzen, sind weltanschaulich konsequentes Denken, klassenbewusstes Handeln und unser sozialistisches Ziel unverzichtbar. Wir Kommunistinnen und Kommunisten in der DKP wollen unsere Kräfte konzentrieren und uns im Bündnis mit anderen fortschrittlichen Bewegungen und Organisationen in die Klassenauseinandersetzungen einmischen:

Krieg und Frieden

Die Menschheit steht wieder vor neuen grauenvollen Kriegen. Jedes Land, das sich nicht den kapitalistischen Verwertungsinteressen des transnationalen Finanzkapitals unterordnet, das nicht den ungehinderten Zugriff auf seine Ressourcen und Bodenschätze zulässt, wird mit militärischer Gewalt bedroht. Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung soll vor allem der Zugriff auf das für die hochentwickelten Staaten lebenswichtige Erdöl gesichert werden. Vor allem die USA melden mit militärischer und wirtschaftlicher Aggressivität unverhohlen den Führungsanspruch in der Welt an und wollen diesen durchsetzen. Der Krieg gegen den Irak soll hierbei der nächste Schritt sein.

Militärische Gewalt und Krieg sind auch wieder Mittel deutscher Außenpolitik geworden. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung mit ihrem grünen Außenminister hat Deutschland in den Krieg geführt. Deutsche Soldaten stehen in Jugoslawien, am Horn von Afrika und in Afghanistan. Der Umbau der Bundeswehr zu einer weltweiten Interventionsarmee ist in vollem Gang. Während die Bevölkerung durch einen verschärften Sparkurs im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich drangsaliiert wird, sollen für 213 neue Kriegswaffenprojekte bis zum Jahr 2015 rund 110 Milliarden Euro verschwendet werden. Auf EU-Ebene wird eine eigene angriffsfähige Militärstruktur entwickelt, deren Einsatzzentrale sich in der Bundesrepublik befindet. Vor diesem Hintergrund steht der von Schröder im Bundestagswahlkampf vertretene

„deutsche Sonderweg“ als andere Variante imperialistischer Politik. Diese Herausforderung muss die Friedensbewegung unseres Landes annehmen.

Die Mitglieder der DKP sind aufgerufen:

- gewerkschaftliche Friedensinitiativen in die Betriebe zu tragen und wo möglich betriebliche Friedensinitiativen zu gründen oder neu zu beleben.
- in den örtlichen Friedensinitiativen und in ihrer bundesweiten Vernetzung mitzuarbeiten,
- dazu beizutragen, dass die zentralen Aktionstage der bundesweiten Friedensbewegung gegen den drohenden Irak-Krieg, die Ostermärsche und der Antikriegstag am 1. September zu unübersehbaren Aktionen gegen Krieg und Rüstung werden.

Den Kommunistinnen und Kommunisten stellen sich dabei folgende Schwerpunkte:

- Die wichtigste Aufgabe ist derzeit, dem drohenden Krieg der US-Regierung gegen den Irak entgegen zu treten.
- Wir unterstützen die SDAJ-Kampagne gegen den Aufbau der EU-Interventionstruppen.
- Wir verbinden die Forderungen nach Verteidigung der sozialen Rechte, nach Umverteilung von oben nach unten immer auch mit der Anprangerung des milliardenschweren Rüstungshaushalts und der am Krieg verdienenden Konzerne und
- bei Protesten gegen Kriegseinsätze mit der grundsätzlichen Kritik an der imperialistischen Globalisierung.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten in der DKP kämpfen für eine Welt, in der die internationalen Beziehungen auf dem Prinzip der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der nationalen Souveränität und der territorialen Integrität aller Staaten beruht. Jede imperialistische Hegemonial-, Gewalt- und Interventionspolitik muss geächtet werden.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten der DKP engagieren uns für die Entwicklung einer breiten Friedensbewegung. Gleichzeitig beleuchten auch die im imperialistischen System wurzelnden Gründe für Rüstung und Krieg:
Kritik am Krieg muss zur Kritik am Imperialismus werden.

Für Arbeitsplätze statt Kriegseinsätze!

Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt hat nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers eine neue Qualität erreicht. Der Weltmarkt wird immer mehr zu einem den Globus umfassenden Feld kapitalistischer Konkurrenz, auf dem der Kampf um Technologievorsprung zentrale Bedeutung erlangt hat.

Der heutige Konzentrations- und Zentralisationsgrad des Kapitals führt zu einer ökonomischen und politischen Machtzusammenballung ungeheuren Ausmaßes. Der Umsatz transnationaler Konzerne übersteigt heute das Bruttosozialprodukt vieler Staaten und ihre Profite sind größer als manche nationalen öffentliche Haushalte. Ihre durch keine Instanz kontrollierte Macht ist so groß wie nie; ein kleiner Kreis von Finanzmagnaten und Managern der multinationalen Konzerne entscheidet über die Lebensbedingungen unzähliger Menschen und über die Zukunft ganzer Regionen, Länder und auch Kontinente. Die vier Reichsten in den USA konzentrieren in ihren Händen ein Vermögen, das dem Bruttoinlandsprodukt von 42 armen Ländern mit

600 Millionen Einwohnern gleichkommt. Diesem Reichtum einiger weniger Mächtiger steht eine zunehmende globale Verelendung gegenüber. 1,3 Milliarden Menschen müssen mit einem Einkommen von weniger als einen Dollar am Tag um ihr Überleben kämpfen.

Den Transnationalen Konzernen steht ein weltweites Arbeitskräftereservoir zur Verfügung. Dadurch kann der Druck auf die bisher besser bezahlten und organisierten Arbeitskräfte in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern verstärkt werden, um ihre historisch erkämpften Rechte rückgängig zu machen. Sie hetzen die verschiedenen Abteilungen der Arbeiterklasse in eine zerstörerische Konkurrenz und spielen sie gegeneinander aus, um ein weltweites Lohn- und Sozialdumping durchzusetzen. Die Steigerung der Profitraten und Renditeerwartungen der Aktionäre, die Absicherung der Geldwertstabilität sind nur mit einer rigorosen Umverteilung von unten nach oben zu erreichen, d. h. mit dem Abbau aller Sozialversicherungssysteme, sinkenden Masseneinkommen bei steigender Produktivität, Privatisierung gesellschaftlichen Eigentums, Steuererleichterungen und gleichzeitigen staatlichen Subventionen für die Unternehmenseite. Wachsende soziale Ungleichheiten, Massenarbeitslosigkeit und sogar Armut werden dabei von den jeweils regierenden Parteien bewusst in Kauf genommen.

Die entscheidende Kraft der politischen Veränderung in unserem Land, im sich herausbildenden Europa und in der ganzen Welt ist und bleibt die Arbeiterklasse. Der Kern der insgesamt wachsenden Arbeiterklasse ist weiterhin in den Großbetrieben der materiellen Produktion beschäftigt. Gleichzeitig gewinnt der Teil der Arbeiterklasse, der im Dienstleistungsbereich tätig ist, zunehmend an Bedeutung. Jeder grundlegende gesellschaftliche Fortschritt heute sowie in der Zukunft ist nur denkbar, wenn die Arbeiterklasse in breiter Aktionseinheit und in Bündnissen handelt. Es ist notwendig und möglich, dass Arbeiter, Angestellte und Beamte, Kolleginnen und Kollegen deutscher und nicht deutscher Herkunft über weltanschauliche und religiöse Grenzen hinweg zusammenwirken.

Dieses Zusammengehen mit ganzer Kraft zu unterstützen, stets das Einigende in den Vordergrund zu rücken, mit Geduld und Aufgeschlossenheit gemeinsame Aktionen zu fördern und dabei die Eigentums- und Machtfrage hervorzuheben, ist eine wesentliche Aufgabe von Kommunistinnen und Kommunisten. Die Orientierung auf die Zusammenarbeit in den Gewerkschaften ist unabdingbare Voraussetzung, um erfolgreich soziale und politische Ziele durchsetzen zu können.

Im Widerstand gegen das Großkapital stellen der DGB und seine Einzelgewerkschaften eine entscheidende Kraft dar. Der Einsatz in den Gewerkschaften für die Rechte und Interessen der Arbeiterklasse war immer und bleibt ein Schwerpunkt kommunistischer Politik. Die Gewerkschaften sollen einerseits für eine Modernisierungscoalition missbraucht werden, bei der es darum geht, die heimischen Investitions- und Produktionsbedingungen noch mehr als bisher auf die Profiterwartungen des in- und ausländisches Kapitals auszurichten („Bündnis für Arbeit“, Hartz-Konzept, Rürup-Kommission). Soweit und so lange sie sich hierzu bereit finden, untergraben sie selbst ihre Existenzgrundlage. Andererseits wächst der Gegensatz der gewerkschaftlich organisierten Teile der Arbeiterklasse zur Politik des Sozialabbaus. Das ist eine neue Chance, Klassenbewusstsein zu entwickeln und in soziale Auseinandersetzungen klassenkämpferische Positionen einzubringen.

Wir erleben in der jüngsten Zeit, wie sich weltweit eine neue Bewegung gegen den Neoliberalismus, die kapitalistische Globalisierung und den imperialistischen Krieg zu entwickeln beginnt. Die Proteste und Demonstrationen in München, Seattle und Genua gegen die menschenverachtende Politik der Weltbank, des internationalen Währungsfonds (IWF) und der G7 sind Ausdruck des Willens gerade junger Menschen gegen die weltweiten Auswirkungen der herrschenden Politik. Diese globale Bewegung kann die Arbeiterbewegung stimulieren. Umgekehrt braucht diese Bewegung auch die organisierte Kraft der Arbeiterbewegung für die Schaffung einer sozialen und politischen Alternative. Das Weltsozialforum positioniert sich unter Losungen wie „Die Welt ist keine Ware“ und „Eine andere Welt ist möglich“ als Widerstandsbewegung gegen die kapitalistische Globalisierung und deren Haupttriebkraft, die Multis, und bietet eine Plattform für den gemeinsamen Kampf von Arbeiter- und globalisierungskritischer Bewegung.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten in der DKP wollen zur Entwicklung einer breiten Bewegung für Arbeit, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie beitragen. Widerstand gegen Kriegspolitik, Sozial- und Demokratieabbau ist das Gebot der Stunde. Dabei kann und will die DKP nicht stellvertretend handeln. Die arbeitenden Menschen, die Arbeitslosen, die Jugend - alle die von ihrer Hände Arbeit leben - und auch die Rentner müssen selbst für ihre Interessen aktiv werden. Die DKP organisiert und hilft organisieren. Im Vordergrund stehen dabei seit längerem und auf absehbarer Zeit Abwehrkämpfe. Soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie - das setzt eine Bewegung für die Einschränkung der Macht der Banken und Konzerne und eine Bewegung gegen die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen voraus, in der die Eigentumsfrage im Mittelpunkt stehen muss. Denn kapitalistisches Eigentum an Produktionsmitteln und die Kontrolle der Finanzen durch das transnationale Kapital haben sich zum Beginn des neuen Jahrhunderts zu einer für die Existenz der Menschheit so unmittelbaren und allumfassenden Gefahr entwickelt, dass die Frage nach der Vergesellschaftung viel drängender gestellt werden muss. Aufgabe der DKP ist es, zur Entwicklung der Klassenkämpfe beizutragen und dabei die Notwendigkeit des Sozialismus als Alternative deutlich zu machen.

Arbeit und Soziales

Die Arbeitslosigkeit ist der größte gesellschaftliche Skandal in diesem Land. Arbeitslosigkeit ist die Bankrotterklärung dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Einer Gesellschaftsordnung, in der die Fähigkeit immer mehr, in immer kürzerer Zeit zu produzieren nicht zu wachsendem gesellschaftlichen Reichtum und Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit führt, sondern zur massenhaften Verdrängung von immer mehr „Händen“ von ihrem Arbeitsplatz, zur Entwurzelung und Armut. Diese Ausgrenzung raubt den Menschen soziale Sicherheit, zerstört ihr Selbstbewusstsein und lähmt ihre Kraft zum Widerstand. Von dieser „Reservearmee“ (Marx), geht ein Druck aus, der alle Arbeitenden verunsichert und der entsolidarisierend wirkt.

Errechnet die offizielle Arbeitslosenstatistik im Jahr 2002 knapp 4 Millionen Erwerbslose, so schätzt der DGB deren tatsächliche Zahl auf über 6 Millionen. Der Osten Deutschlands ist aufgrund der katastrophalen Deindustrialisierung des vergangenen Jahrzehnts mit regionalen Quoten von über 20 Prozent besonders hart betroffen. Die sich verschärfende Weltwirtschaftskrise wird zu einem weiteren Anstieg

der Massenarbeitslosigkeit führen. Bereits in den vergangenen Jahren haben Unternehmenspleiten jährlich etwa eine halbe Million Arbeitsplätze vernichtet. Im öffentlichen Dienst werden hunderttausende von Arbeitsplätzen abgebaut. Und die Großkonzerne kündigen Stellenabbau in bisher nicht gekannter Höhe an. Gleich zu tausenden werden Beschäftigte auf die Straße gesetzt, um Aktienkurse zu retten und Profitraten zu steigern.

Als dramatisch muss die Weigerung der Unternehmer gesehen werden, qualifizierte Ausbildungsplätze zu schaffen. In der betrieblichen Ausbildung fehlen derzeit etwa 500 000 Stellen. Die Misere an Schulen und Hochschulen ist offenkundig. Damit wird dem großen Teil einer ganzen Generation eine gesicherte Zukunftsperspektive genommen.

Arbeiter und Angestellte haben in den vergangenen Jahren eine ungeheure Entwertung ihrer Arbeitskraft hinnehmen müssen. Niedrige Tarifabschlüsse, Reallohnverlust über Jahre, Deregulierung und enorme Arbeitsverdichtung haben mit dazu beigetragen, dass die Ergebnisse gesellschaftlicher Arbeit in immer größerem Umfang in Konzern- und Banktresoren landeten. Während die Arbeitsproduktivität in den vergangenen Jahren stetig stieg und die Gewinne der Kapitalgesellschaften sich im letzten Jahrzehnt netto um 79,1 Prozent steigerten, sanken die Reallöhne der Beschäftigten im gleichen Zeitraum um 4,9 Prozent. Die Umsetzung der Pläne aus der sogenannten Hartz-Kommission wird den neoliberalen Umbau des Arbeitsmarktes noch beschleunigen. Lohndumping und Rechtlosigkeit erhalten gesetzliche Weihen, Lohnsklaverei gewinnt ganz neue Dimensionen.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten setzen dagegen die Förderung aller Ansätze für solidarische Handeln und alle kulturellen Initiativen für die Wiedergewinnung der eigenen Geschichte und Kultur, zur Entwicklung von Selbstbewusstsein und Würde der arbeitenden Menschen. Die arbeitenden Menschen, die Arbeitslosen, die Jugend, die Rentner - sie können nur gewinnen, wenn sie kämpfen. Nur im gemeinsamen Handeln wird sich sinnvolle und bezahlte Arbeit für alle, als Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben, erringen lassen. Ein Bündnis der Gegenwehr, des Widerstandes, ein Bündnis für den Fortbestand von Demokratie und Sozialstaatsgebot kann dies erreichen - auch mit dem Mittel des „politischen Streiks“. Darum setzen wir Kommunistinnen und Kommunisten uns für ein Streikrecht auf europäischem Standard ein statt des auch vom Europarat mehrfach gerügten deutschen Arbeitskammerrechts.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit setzen wir Kommunistinnen und Kommunisten uns ein:

- für ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm für den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit
- für die Verteidigung des kollektiven Schutzcharakters der Flächentarifverträge gegen Kapital und Politik
- für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 32 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Für die Reduzierung der Lebensarbeitszeit und Wiederbesetzung der dadurch freiwerdenden Stellen.
- In den Betrieben führen wir die Auseinandersetzung um den Abbau der Überstunden und den vollen Freizeitausgleich.

- Wir kämpfen für die Verankerung der 35-Stunden-Woche im Arbeitszeitgesetz.
- für den Ausstieg aus dem „Bündnis für Arbeit, Ausbildungsplätze und Wettbewerbsfähigkeit“,
- für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit für Mann und Frau in Ost und West mit und ohne deutschen Pass,
- für einen öffentlich geförderten gemeinnützigen Beschäftigungssektor mit tariflich abgesicherten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen (z. B. soziale Betreuung und Beratung, Stadtteilarbeit, Kinder- und Jugendarbeit, Kultur- und Umweltprojekte).
- gegen die Privatisierung der Rentenversicherung und des Gesundheitssystems

Konkret treten wir heute gegen die Umsetzung der Hartz-Vorschläge auf, insbesondere:

- gegen die Zusammenführung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe als Druckmittel gegen Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger
- gegen die Ausdehnung des Niedriglohnsektors
- gegen die Ausweitung der Leiharbeit
- gegen die Privatisierung der Arbeitsvermittlung. Diese soll weiterhin über die Bundesanstalt für Arbeit und ihre Gliederung geschehen.

Wir fordern:

- Großbetriebe müssen Ausbildungsplätze in einer Größenordnung von mindestens 10 Prozent der Arbeitsplätze bereitstellen;
- die Qualität der Ausbildung muss in allen Bereichen gesichert und die Übernahme im tariflichen gesicherten und der Ausbildung entsprechenden Beruf garantiert werden;
- Betriebe, die nicht ausbilden, müssen eine Ausbildungsabgabe bezahlen;
- gleiche Zugangsmöglichkeiten zu den Bildungseinrichtungen müssen gesichert werden;
- Ausbildungsvergütungen und Ausbildungsförderung müssen erhöht und die Privatisierung der Bildungsinstitutionen und die Pläne für Studiengebühren müssen gestoppt werden.
- Stärkung der gesetzlichen, solidarischen Sicherungssysteme.

Die Umsetzung dieser Forderung muss finanziert werden mit einer stärkeren Besteuerung der Gewinne der Konzerne und Banken sowie von Vermögens- und Spekulationseinkommen und durch eine radikale Kürzung des Rüstungshaushalts.

"Gesundheit ist das höchste Gut."

Die alte Volksweisheit "Gesundheit ist das höchste Gut" hat in den letzten Monaten ungeahnte neue Bedeutung gewonnen. Die in jahrzehntelangen Klassenauseinandersetzungen abgerungenen gesundheitspolitischen Fortschritte, das System des öffentlich-rechtlichen Sektors des Gesundheitswesens, das dem "Solidaritätsprinzip" verpflichtet ist, auf der Basis der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), sollen im schnellen Tempo abgebaut werden. Wie im gesamten Sozialsystem sollen künftig auch im Gesundheitssektor die "Gesetze der Marktwirtschaft", "stärkere betriebswirtschaftliche Orientierung", "Privatisierung" sowie die "Stärkung von mehr Eigen-

verantwortlichkeit der Versicherten" an die Stelle noch bestehender sozialer Grundsätze treten.

Wir fordern und kämpfen für die Verwirklichung der folgenden Grundsätze und konkreten Sofortforderungen:

- Der Mensch ist keine Ware! Gesundheit darf auch nicht zur Ware werden! Für das Menschenrecht auf Gesundheit! Jedem Menschen muss unabhängig von seiner sozialen Stellung, seiner Herkunft, seinem Einkommen, Vermögen oder Alter der gleiche Gesundheitsschutz garantiert werden. Die Versorgung muss sich am tatsächlichen individuellen Bedarf der Patienten.
- Für den bedarfsgerechten Ausbau des Gesundheitswesens sowohl im stationären wie auch im ambulanten Bereich! Dazu gehören auch Maßnahmen für eine bessere Integration stationärer und ambulanter Versorgung, die Doppelbehandlungen und unnötige Mehrausgaben verhindern. Dazu gehören aber besonders Präventionsmaßnahmen, zum Beispiel der völlig unzureichenden arbeitsmedizinischen Betreuung in den Betrieben, die Schaffung medizinischer Einrichtungen in Schulen und Vorschuleinrichtungen und die weitere Förderung der Grundlagenforschung in den medizinischen Universitäten.
- Gegen jegliche weitere Privatisierung im Gesundheitswesen, notfalls durch Organisieren von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden. Der Sicherstellungsauftrag muss in öffentlich-rechtlicher Hand bleiben. Der gesetzliche Krankenhausversorgungsauftrag als Instrument der staatlichen Steuerung des Krankenhauswesens darf nicht weiter ausgehöhlt werden. Der Versorgungsauftrag im ambulanten Bereich durch die öffentlich-rechtlich organisierten Kassenärztlichen Vereinigungen darf nicht aufgegeben oder geschwächt werden. Die ambulante Versorgung darf nicht noch weiter unter das Diktat der Marktwirtschaft geraten. Stattdessen fordern wir Ausweitung des staatlichen, öffentlich-rechtlich organisierten Gesundheitssystems mit langfristig einer einheitlichen gesetzlichen Krankenversicherung für alle, unter Beibehaltung des Solidarprinzips. Die Unternehmen sind paritätisch an der Finanzierung zu beteiligen.
- Kürzung der Rüstungsausgaben und Abschöpfung der Konzerngewinne der Pharmaindustrie zugunsten des Gesundheitswesens!
- Wir fordern Senkung sowie dauerhafte Sicherung der Stabilität der Beiträge der GKV. Hierzu ist kurzfristig die Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze und der Beitragsbemessungsgrenze erforderlich, mittelfristig die einheitliche Krankenversicherung für alle.
- Für die Demokratisierung des Gesundheitswesens. Für den Ausbau der Mitspracherechte von Patienten und Beschäftigten, für den Abbau von sachlich unangemessenen Hierarchien bei Ärzten, Pflegepersonal und anderen Berufsgruppen. Für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Flächentarife, die menschenunwürdige Schicht- und Arbeitszeiten in den Kliniken endlich beenden. Personeller Ausbau und Nachwuchsförderung des medizinischen und pflegerischen Personals.
- Gesellschaftliche Kontrolle und langfristige Vergesellschaftung der Pharmaindustrie und des medizinisch-technisch-industriellen Komplexes! Effektive öffentliche und staatlich organisierte Preiskontrolle für Medikamente und medizinische Hilfsmittel. Durchsetzung einer „Positivliste“ für moderne, effektive und preisgünstige Arzneimittel.

- Gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens! Keine Kooperation zwischen Bundeswehr und zivilen Krankenhäusern.

Die detaillierten Vorstellungen der DKP zur Gesundheitspolitik werden in einem extra Flugblatt veröffentlicht.

Forderungen für die kommunale Ebene

Die Situation der Kommunen spitzt sich bundesweit mehr und mehr zu. Hochverschuldeten Haushalten, Schließungen von und Streichungen bei sozialen Einrichtungen stehen Prestigeobjekte und immer geringer werdende Steuer Zahlungen der ortsansässigen Betriebe und Konzerne entgegen. Privatisierung städtischen Eigentums und städtischer Dienstleistung sollen die Kassen angeblich wieder füllen. Die Erfahrung zeigt, dass dies nirgendwo eintritt. Die Räte stehen vermeintlich hilflos vor massiver Arbeitsplatzvernichtung, es vergeht fast kein Tag mehr, an dem nicht Entlassungen in örtlichen Betrieben gemeldet werden. Die Ausgrenzung von Erwerbslosen, Kindern und Jugendlichen sowie Menschen mit geringem Einkommen findet in den Kommunen immer brutalere Anwendung.

Die Aufgaben von Kommunistinnen und Kommunisten sind:

- Unsere Kommunalpolitik ist keine Stellvertreterpolitik, sondern hat immer das Ziel, die Betroffenen zum aktiven Handeln zu befähigen.
- Unsere tagespolitischen Auseinandersetzungen in den Kommunen führen wir gegen die Verschlechterung, um die Verbesserung der Lebensverhältnisse.
- In dem wir auf die gesellschaftlichen Wurzeln der kommunalen Probleme verweisen, enthüllen wir gleichzeitig den Systemcharakter der sogenannten Sachfragen und können deutlich machen, welche objektiven Prozesse den kommunalen Problemen zu Grunde liegen. Unter diesen Bedingungen können Einzelaktionen um begrenzte Tagesforderungen schnell an den Punkt gelangen, wo die Grenzen des staatsmonopolistischen System sichtbar werden und gesellschaftliche Zusammenhänge von Kommunistinnen und Kommunisten in der Klassenauseinandersetzung vermittelt werden müssen.

Aktuell steht hier für uns im Vordergrund:

- Wir initiieren und unterstützen bestehende Initiativen im Kampf gegen die Privatisierung und den Ausverkauf städtischen Eigentums.
- Wir arbeiten mit in den sozialen Bewegungen vor Ort.
- Bei Kommunalwahlen kämpfen wir für die Stärkung der Position der Linken und den Erhalt und Ausbau kommunistischer Bezirksvertretungs-, Rats- und Kreistagsmandate.

Demokratie

Der Kurs des Abbaus von demokratischen Rechten hat sich unter dem Vorwand der Ereignisse des 11. September 2001 drastisch geändert. Die sogenannten „Anti-Terror-Gesetze“ zeigen, dass nach diesem Datum alle Schamgrenzen gefallen sind. Ein Teil dieser Gesetze bricht das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Bundesnachrichtendienst, Verfassungsschutz und Militärischer Abschirmdienst können bei allen Banken, Versicherungen, Postunternehmen und Luftverkehrsunternehmen Daten von jedem abfragen, den sie als „Extremisten“ einstufen. Die Geheimdienste werden dadurch zu Ermittlungsbehörden, die nicht der Kontrolle der Justiz unterliegen und keinen Anfangsverdacht begründen müssen. Sie haben direkten Online-Zugriff auf das Ausländerzentralregister (AZR) sowie auf das „Register für Ausländervereine“.

Durch die Änderung des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes, können massenhaft Daten über Arbeiter und Angestellte in sogenannten „verteidigungswichtigen“ oder „lebenswichtigen“ Einrichtungen erhoben und gespeichert werden. Auch Ehepartner oder Lebensgefährten können zur Sicherheitsprüfung aufgefordert werden. Millionen Beschäftigte sind damit mögliche Objekte geheimdienstlicher Überprüfung. Die kleinste Unregelmäßigkeit kann zu Nichteinstellung oder Entlassung führen.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten setzen uns für die Zurücknahme dieser Gesetze ein sowie aller Regelungen in der Gesetzgebung des Bundes und der Länder, die zu einer immer weniger öffentlich kontrollierbaren Einschränkung von Bürgerrechten führen. Dazu gehört, dass die ganze Verfassung und das föderale System zur Disposition gestellt werden. Die größten Verbände des Kapitals wollen die demokratischen Kontrollmechanismen abschaffen und das ganze politische System zentralisieren. Dazu gehört der „große Lauschangriff“ ebenso die Regelung über sogenannte gefährliche Orte, Videoüberwachung des öffentlichen Raums und von Verkehrsmitteln, die faktisch unbegrenzte Kontrollmöglichkeiten der Polizei ermöglicht. Wir lehnen alle Pläne zum Einsatz der Bundeswehr im Innern ab.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten setzen uns für die Verteidigung der demokratischen Rechte ein. Der Kampf um reale Demokratie ist untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit, für soziale Sicherheit, für wirksame Mitbestimmung und demokratische Kontrolle der Banken und Konzerne.

Wir fordern und kämpfen für

- das Verbot faschistischer und rassistischer Parteien und Organisationen. Denn Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen!
- ein Anti-Korruptionsgesetz, das u. a. die Firmenspenden an Parteien verbietet, weil große Spender letztlich immer politische Einflussnahme anstreben
- die Aufhebung des KPD-Verbotsurteils von 1956, die Rehabilitierung und Entschädigung der politischen Verfolgten aus der Zeit des kalten Krieges in der BRD und der Opfer der Berufsverbote, die Beendigung der juristischen und politischen Strafverfolgung von staatlichen Mandatsträgern und Kundschaftern der DDR
- gegen die Verschleuderung öffentlichen Eigentums; die Strom- und Wasserversorgung sind wie der Nahverkehr staatliche Aufgaben
- volle demokratische und soziale Rechte für Migrantinnen und Migranten und die Abschaffung des Ausländerrechts als Sonderrecht.
- die Rücknahme aller Verschlechterungen in der Asylgesetzgebung, Schutz vor Abschiebung in Tod und Folter und ein Asylrecht, das den Verfolgten und Flüchtlingen eine Zuflucht bietet
- Offene Grenzen und Bleiberecht für alle
- die Verteidigung demokratischer Grundrechte wie der Versammlungsfreiheit und des Demonstrationsrechts

Ökologie

Die durch Profitgier hervorgerufene Umweltzerstörung und der Raubbau an den Naturressourcen unserer Erde nimmt immer größere Ausmaße an. In der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg gingen bei gleichzeitig steigenden Bevölkerungszahlen weltweit ein Drittel des fruchtbaren Bodens, ein Viertel der verfügbaren Wassermenge und der Fischbestände und ein Drittel der tropischen Urwälder verloren. Jährlich werden 15 Millionen Hektar Tropenwald vernichtet.

Die natürlichen Ressourcen werden ohne Rücksicht auf biologische Regenerationszyklen aufgebraucht. Ein Zehntel der Weltbevölkerung erbringt und konsumiert fast zwei Drittel des Weltsozialprodukts und beansprucht dafür den Löwenanteil an Ressourcen - allen voran die USA, Japan und Deutschland. Dem zügellosen Rohstoffverbrauch entspricht ein ebenso gigantischer Ausstoß an Abfällen. 40 Prozent der klimaschädlichen Kohlendioxid-Emissionen stammen von den „sieben Großen“, während die unterentwickelt gehaltenen Länder mit 75 Prozent der Weltbevölkerung nur 20 Prozent des Kohlendioxid-Ausstoßes verursachen.

Die Auswirkungen der dadurch hervorgerufene Klimakatastrophe sind nicht mehr nur vor unserer „Haustür“ zu beobachten, sondern, wie die Flutkatastrophe an der Elbe zeigte, mitten im „eigenen Haus“. Der Klima-Gipfel in Johannesburg hat erneut deutlich gemacht, dass die Multinationalen Konzerne und die von ihnen beeinflussten Regierungen nicht bereit sind, eine Umkehr dieser für die Menschheit lebensbedrohenden Entwicklung vorzunehmen.

Darum kämpfen wir Kommunistinnen und Kommunisten gegen die rücksichtslose Profitmacherei auf Kosten der jetzigen und künftigen Generationen.

- Wir kämpfen an der Seite der Gewerkschaften und ökologisch engagierten Menschen gegen die fortschreitenden Pläne zur weiteren Privatisierung von Wasser , Strom, Abfall- und Abwasserversorgung und des öffentlichen Nahverkehrs.
- Wir kämpfen gegen die Vergiftung von Wasser und Luft, gegen die Abholzung der klimastabilisierenden Wälder, gegen die Gefährdung Hunderttausender Tier- und Pflanzenarten, die zum biologischen Gleichgewicht der Umwelt beitragen.

Wir engagieren uns im Widerstand gegen Atommülltransporte und fordern den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie.

Die DKP

In diesem Rahmen und mit diesen Zielstellungen wollen wir die DKP als handlungsfähige marxistische Partei der Arbeiterklasse entwickeln und stärken. Der Zusammenhalt und die Aktionsfähigkeit unserer Partei beruhen in erster Linie auf den gemeinsamen politischen und ideologischen Grundüberzeugungen und der kollektiven Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus, z. Zt. insbesondere im Rahmen der Programmdiskussion.

Im Sinne dieser Handlungsorientierung werden wir als DKP die sozialen Belange der arbeitenden Bevölkerung in den Mittelpunkt unserer Politik stellen.

Die DKP hat die besondere Verpflichtung, ihre Arbeit auf die organisierte Arbeiterklasse und die Betriebsbelegschaften auszurichten. Die Belegschaften der Großbetriebe sind nicht nur die ausschlaggebende gesellschaftliche Kraft, der Betrieb ist auch der Ort, an dem der Interessenkonflikt zwischen Kapital und Arbeit am unmittelbarsten erfahrbar ist. Durch Präsenz vor dem Betrieb (mit Betriebszeitungen) und im Betrieb (über engagierte Interessenvertretung, Betriebsaktivs und Betriebsgruppen) kann die DKP vor allem für jüngere Beschäftigte als Klassenpartei attraktiv werden. Deshalb sind alle Organisationsebenen aufgerufen, die Betriebsorientierung in ihrer Arbeit zu verstärken.

Wir müssen an unserer kommunistischen Präsenz arbeiten: durch die aktive Mitarbeit als Kommunistinnen und Kommunisten in politischen Bündnissen, in den Gewerkschaften und in Bürgerinitiativen, durch die Herausgabe von Betriebs-, Wohngebiets- und Stadtzeitungen, öffentliche Veranstaltungen, Kulturveranstaltungen, sichtbares Auftreten bei Demonstrationen, Verkauf von marxistischer Literatur, Info-Stände, attraktive Präsentation im Internet, stadtteil- oder betriebsbezogene Aktivitäten. Wir kämpfen systematisch um mehr Mitglieder für die DKP, vor allem unter der Jugend, um die Erhöhung der Zahl unserer Gruppen, vor allem unserer Betriebsgruppen. Besondere Bedeutung hat die qualitative Verbesserung der „UZ - Zeitung der DKP“, ihre finanzielle Absicherung, die Gewinnung von Abonnenten und der verstärkte Freiverkauf. Mit dem „Pressefest der UZ - Volksfest der DKP“ werden wir im Jahr 2003 wieder ein großes linkes Volksfest und ein Treffen verschiedener Strömungen der Linken organisieren.

Das aktive und engagierte Wirken der Kommunistinnen und Kommunisten der DKP wird zu einer Stärkung der DKP, zu einem Aufschwung der Kämpfe zur Verteidigung der Rechte der arbeitenden Menschen beitragen.